

Entsprechend verfahren wir und stimmen ab. Es wird empfohlen, den **Antrag Drucksache 14/7676** an den **Innenausschuss** – federführend –, den **Ausschuss für Kommunalpolitik und Verwaltungsstrukturreform** sowie an den **Ausschuss für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz** zu **überweisen**. Wer stimmt dem zu? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Einstimmig so überwiesen.

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt

21 Gesetz zur Änderung des Zwölften Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung der Verwaltungsgerichtsordnung

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/7308

Beschlussempfehlung und Bericht
des Rechtsausschusses
Drucksache 14/7653

zweite Lesung

Hier ist eine Debatte nicht vorgesehen.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Rechtsausschuss empfiehlt in der **Beschlussempfehlung Drucksache 14/7653**, den Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 14/7308 unverändert anzunehmen. Wer ist für diese Annahme? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? Bei Enthaltung von Grünen und SPD mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen ist diese Empfehlung **angenommen**.

Wir kommen zu:

22 Gesetz zur Änderung des Gesetzes über Gebührenbefreiung, Stundung und Erlass von Kosten im Bereich der Rechtspflege (Gerichtsbührenbefreiungsgesetz – GerGeb-BefrG)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/7055

Änderungsantrag
der Fraktion der CDU,
der Fraktion der SPD,
der Fraktion der FDP und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/7684

Beschlussempfehlung und Bericht
des Rechtsausschusses
Drucksache 14/7654

zweite Lesung

Hier ist keine Debatte vorgesehen.

Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, wir stimmen erstens über den **Änderungsantrag Drucksache 14/7684** ab. Wer ist für diesen gemeinsamen Änderungsantrag? – Alle, wenn ich das richtig gesehen habe. Damit ist der Änderungsantrag einstimmig **angenommen**.

Wir kommen zweitens zur Abstimmung über den Gesetzentwurf Drucksache 14/7055. Der Rechtsausschuss empfiehlt in der **Beschlussempfehlung Drucksache 14/7654**, den Gesetzentwurf Drucksache 14/7055 unverändert anzunehmen. Wer ist dafür? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist diese Empfehlung einstimmig **angenommen** und der Gesetzentwurf mit der soeben beschlossenen Änderung verabschiedet.

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt

23 Gesetz zur Änderung des Ersten Gesetzes zur Ausführung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes – AG-KJHG

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/7432

Beschlussempfehlung und Bericht
des Ausschusses
für Generationen, Familie und Integration
Drucksache 14/7716

Es ist keine Debatte vorgesehen.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Ausschuss für Generationen, Familie und Integration empfiehlt in seiner **Beschlussempfehlung Drucksache 14/7716**, den Gesetzentwurf Drucksache 14/7432 unverändert anzunehmen. Wer ist dafür? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist bei Enthaltung der Grünen die Beschlussempfehlung **angenommen** und der Gesetzentwurf in zweiter Lesung verabschiedet.

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt

24 Drittes Gesetz zur Änderung der Bauordnung für das Land Nordrhein-Westfalen

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/6887

Beschlussempfehlung und Bericht
des Ausschusses
für Bauen und Verkehr
Drucksache 14/7687

zweite Lesung

Eine Debatte ist nicht vorgesehen.

Wir kommen unmittelbar zur Abstimmung. Der Ausschuss für Bauen und Verkehr empfiehlt in seiner

Beschlussempfehlung Drucksache 14/7687, den Gesetzentwurf Drucksache 14/6887 in der Fassung seiner Beschlüsse anzunehmen. Wer ist dafür? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Bei Enthaltung der SPD gegen die Stimmen der Grünen haben die Koalitionsfraktionen die Beschlussempfehlung und den Gesetzentwurf **beschlossen**. Damit ist er in zweiter Lesung verabschiedet.

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt

25 Staatsvertrag zwischen dem Land Baden-Württemberg und dem Land Nordrhein-Westfalen über die Zugehörigkeit der Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten des Landes Baden-Württemberg zum Versorgungswerk der Psychotherapeutenkammer Nordrhein-Westfalen

Antrag
der Landesregierung
auf Zustimmung zu einem Staatsvertrag
gemäß Artikel 66 Satz 2
der Landesverfassung
Drucksache 14/7393

Beschlussempfehlung
des Hauptausschusses
Drucksache 14/7597

zweite Lesung

Eine Debatte ist auch hier nicht vorgesehen.

Wir kommen unmittelbar zur Abstimmung über die **Beschlussempfehlung** des Hauptausschusses **Drucksache 14/7597**, dem Staatsvertrag zuzustimmen. Wer stimmt dem so zu? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist einstimmig so **angenommen** und dem Antrag der Landesregierung auf Zustimmung stattgegeben.

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt

26 Verfahren vor dem Verfassungsgerichtshof Nordrhein-Westfalen

Verfassungsgerichtliches Verfahren wegen der Behauptung der Stadt Bielefeld und 18 weiterer Städte, die Kommunalisierung der Versorgungsverwaltung durch das Zweite Gesetz zur Straffung der Behördenstruktur in Nordrhein-Westfalen vom 30. Oktober 2007 (GV. NRW S. 481 ff.) verletze die Vorschriften der Landesverfassung über das Recht der gemeindlichen Selbstverwaltung

VerfGH 19/08
Vorlage 14/2012

Beschlussempfehlung
des Rechtsausschusses
Drucksache 14/7568

Es ist keine Debatte vorgesehen.

Wir stimmen ab. Der Rechtsausschuss empfiehlt in seine **Beschlussempfehlung Drucksache 14/7568**, eine Stellungnahme nicht abzugeben. Wer stimmt dieser Beschlussempfehlung so zu? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist dieser Beschlussempfehlung einstimmig **zugestimmt** worden.

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt

27 Verfahren vor dem Verfassungsgerichtshof Nordrhein-Westfalen

Verfassungsgerichtliches Verfahren wegen der Behauptung der Stadt Aachen und 20 weiterer Städte, das Gesetz zur Kommunalisierung von Aufgaben des Umweltrechts vom 11. Dezember 2007 (GV. NRW S. 662 ff.) verletze die Vorschriften der Landesverfassung über das Recht der gemeindlichen Selbstverwaltung

VerfGH 21/08
Vorlage 14/2018

Beschlussempfehlung
des Rechtsausschusses
Drucksache 14/7569

Eine Debatte ist nicht geplant.

Wir stimmen ab. Die **Beschlussempfehlung Drucksache 14/7569** lautet, keine Stellungnahme abzugeben. Wer ist dafür? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist einstimmig der Beschlussempfehlung **gefolgt**.

Meine liebe Kolleginnen und Kollegen, wir kommen zu Tagesordnungspunkt 28. Ich bekomme gerade den Zettel gereicht, dass Kollege Jäger für die SPD nach § 46 unserer Geschäftsordnung hierzu eine Erklärung abgeben will. Rein vom Formalen her ist es so, dass ich den Tagesordnungspunkt zunächst formal aufrufen muss. Bevor wir abstimmen, können Sie sprechen.

Ich rufe auf:

28 Verfassungsgerichtliches Verfahren wegen der Behauptung der Abgeordneten Hannelore Kraft und Sylvia Löhrmann sowie weiterer 83 Abgeordneter des Landtags Nordrhein-Westfalen, das Gesetz über die Zusammenlegung der allgemeinen Kommunalwahlen mit den Europawahlen (KWahlZG) vom 24. Juni 2008 (GV. NRW S. 514 ff.) sei mit der Landesverfassung nicht vereinbar und nichtig

VerfGH 24/08
Vorlage 14/2094